ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bardt, Hubertus; Grömling, Michael; Schmitz, Edgar

Research Report

Wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges: Zunehmende Belastungen für die deutsche Wirtschaft

IW-Report, No. 11/2022

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Bardt, Hubertus; Grömling, Michael; Schmitz, Edgar (2022) : Wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges: Zunehmende Belastungen für die deutsche Wirtschaft, IW-Report, No. 11/2022, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/251568

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges

Zunehmende Belastungen für die deutsche Wirtschaft

Hubertus Bardt / Michael Grömling / Edgar Schmitz

Köln, 17.03.2022

IW-Report 11/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter
@iw_koeln

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Facebook
@IWKoeln

Instagram
@IW_Koeln

Autoren

Prof. Dr. Hubertus Bardt
Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft
bardt@iwkoeln.de
0221 – 4981-750

Prof. Dr. Michael Grömling
Leiter der Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur
groemling@iwkoeln.de
0221 – 4981-776

Edgar Schmitz
Referent Panel-Bereich
schmitz@iwkoeln.de
0221 – 4981-733

Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de

Stand:
März 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Hohe Verunsicherung durch den Krieg in der Ukraine **5**

2 IW-Umfragen als Datenbasen **5**

3 Gründe und Ausmaß der Belastungen **7**

4 Schlussfolgerungen **13**

Abbildungsverzeichnis **15**

Literatur **16**

JEL-Klassifikation

C82, E32, F23, F51: Konjunktur, Internationaler Konflikt, Unternehmensbefragung

Zusammenfassung

Der durch den russischen Überfall ausgelöste Krieg in der Ukraine bringt erhebliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich. Auf Basis verschiedener laufender Befragungen durch das Institut der deutschen Wirtschaft werden die verschiedenen Auswirkungen vermessen. Rund drei Viertel der Unternehmen sehen sich derzeit durch hohe Energiepreise belastet. Weit mehr als ein Drittel sehen sich in ihren Geschäftsabläufen durch ausfallende Lieferungen von Vorleistungen oder drohende Engpässe in der Energieversorgung bedroht. Seit der ersten Kriegs- und Befragungswoche haben sich die Sorgen tendenziell erhöht. Für die mittlere Frist werden weiter ansteigende Belastungen durch den Krieg für die Unternehmen in Deutschland erwartet.

1 Hohe Verunsicherung durch den Krieg in der Ukraine

Der Einmarsch des russischen Militärs in der Ukraine hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in vielen Ländern mehr oder weniger grundlegend verändert und zu einem hohen Ausmaß an politischer und ökonomischer Verunsicherung geführt. Neben den immer noch bestehenden Belastungen infolge der Corona-Pandemie – Teile der Dienstleister harren noch immer auf eine Normalisierung ihrer Geschäftstätigkeit nach einem Abflauen der weiterhin aktiven fünften Infektionswelle und vielfach laufen industrielle Produktionsprozesse aufgrund gestörter Logistiknetzwerke und fehlender Vorleistungen nicht im normalen Modus – besteht die Gefahr weiterer und in Teilen nicht abschätzbarer Geschäftsrisiken und Anpassungslasten für die Firmen in Deutschland.

Die ökonomischen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine hängen in erster Linie von den politischen Konstellationen, die sich in den kommenden Wochen oder Monaten abzeichnen werden, sowie dem Anpassungstempo der heimischen Wirtschaft ab (Hüther, 2022). Eine schnelle Rückkehr zur einer wirtschaftlichen Kooperation - wie noch vor wenigen Wochen denkbar – erscheint aktuell unwahrscheinlich. Wie schnell alternative Zulieferer gefunden oder entwickelt werden können ist ebenso schlecht abschätzbar wie die Entwicklung der Energiepreise. Insbesondere der mögliche Stopp der Gaslieferungen von Russland nach Europa würde eine erhebliche Veränderung der wirtschaftlichen Perspektiven nach sich ziehen. Aber auch ohne eine weitere Eskalation der wirtschaftlich geführten Auseinandersetzung zwischen Russland und den Nato-Staaten sind für den Fall eines fortgesetzten Konflikts oder eines „frozen conflict“ anhaltende Einschränkungen zu erwarten. Dies würde für den derzeit wenig wahrscheinlichen Fall eines russischen Rückzugs vermutlich auch für Russland unter dem bestehenden Regime gelten.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Unsicherheiten bleibt offen, welche wirtschaftlichen Auswirkungen kurz- und mittelfristig für die Ukraine, Russland, die osteuropäischen und westeuropäischen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft insgesamt resultieren werden. Entsprechend dieser politischen Optionen und weltwirtschaftlichen Implikationen ergibt sich abgeleitet ein ganz unterschiedlich ausgeprägtes Ausmaß an wirtschaftlicher Unsicherheit für die Unternehmen in Deutschland. Um eine aktuelle Einschätzung hinsichtlich der potenziellen Belastungen für Unternehmen in Deutschland infolge des Krieges in der Ukraine vornehmen zu können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mit Ausbruch des Konfliktes seine etablierten Befragungsmöglichkeiten aktiviert. Im folgenden Beitrag wird zunächst dargestellt, wie das IW die Unternehmen hierzulande hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen des Krieges auf ihre Geschäftstätigkeit befragt und auch in den kommenden Wochen befragen wird. Im Anschluss werden die zentralen Ergebnisse der ersten Befragungsabschnitte vorgestellt.

2 IW-Umfragen als Datenbasen

Das IW hat eine langjährige Erfahrung in der Befragung von Unternehmen und Unternehmensvertretungen. Seit Anfang der 1990er Jahre werden Unternehmen im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage regelmäßig konsultiert. Mit dem IW-Zukunftspanel werden darüber hinaus ausgewählte Unternehmen seit dem Jahr 2006 mehrfach im Jahr zu aktuellen Wirtschaftsthemen gefragt. Um die ökonomischen

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Unternehmen in Deutschland einschätzen und bewerten zu können nutzt das IW derzeit sowohl das IW-Zukunftspanel als auch die IW-Konjunkturumfrage.

Beim **IW-Zukunftspanel** handelt es sich um eine seit nunmehr über 15 Jahre bestehende Unternehmensbefragung, die bis zu dreimal jährlich online durchgeführt wird (siehe hierzu ausführlich Neligan/Schmitz, 2009). Die variierenden Befragungsschwerpunkte betreffen ein breites Spektrum zu Themen des Strukturwandels wie Globalisierung, Digitalisierung oder die Tertiarisierung der Wirtschaft. Zielgruppe der Befragung sind die Branchen des Industrie-Dienstleistungsverbundes. Dazu gehören das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft sowie die Bereiche Versorgung, Logistik und die unternehmensnahen Dienstleistungen. Die Branchen-Größen-Strukturen der Stichprobe und der Grundgesamtheit (Unternehmen in Deutschland mit mindestens einem Mitarbeiter) weichen bewusst voneinander ab: So sind in der Stichprobe anteilig mehr große Unternehmen enthalten, um auch für diese Gruppe eine hinreichend große Fallzahl zu erhalten. Um repräsentative Gesamtwerte für die Grundgesamtheit zu erhalten, erfolgt eine Hochrechnung der Befragungsergebnisse anhand der Unternehmensanzahl des Unternehmensregisters nach Branche und Größe.

Im Rahmen der **IW-Konjunkturumfrage** (siehe hierzu ausführlich Grömling, 2018) werden seit 1992 regelmäßig ostdeutsche Unternehmen und seit 2002 auch westdeutsche Firmen nach ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren konjunkturellen Perspektiven befragt. Die Befragung wird im Auftrag des IW im Frühjahr, im Herbst und seit 2021 auch im Sommer durch das amsa-Institut durchgeführt. Es handelt sich bei der IW-Konjunkturumfrage nicht um eine Panelbefragung mit einem konstanten Teilnehmerkreis. Im Großen und Ganzen ist die Gruppe der regelmäßig teilnehmenden Betriebe dominierend und weitgehend stabil. Die befragten Unternehmen verteilen sich auf die Industrie (mit drei Teilbereichen), das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor (mit vier Gruppen). Die Bereiche Banken/Versicherungen sowie der öffentliche Sektor sind nicht enthalten. Die Konjunkturumfrage wird regelmäßig durch eine Zusatzfrage ergänzt. Diese zielt in der Regel auf ein aktuelles konjunkturrelevantes Sonderthema ab (für einen Überblick siehe Grömling, 2018).

Vor dem Hintergrund der außergewöhnlich hohen Unsicherheit und des damit verbundenen Informationsbedarfs sowie der Vermutung, dass sich die Einschätzungen der Unternehmen kurzfristig signifikant verändern können, werden die beiden IW-Umfragen derzeit wiederholend durchgeführt. Dieses Vorgehen wurde auch in den ersten Monaten der Corona-Pandemie bezüglich der IW-Konjunkturumfrage praktiziert, um mögliche Veränderungen im Zeitablauf zu erkennen (Grömling, 2020).

Der erste Befragungsabschnitt im Rahmen des IW-Zukunftspanels startete am 24. Februar 2022 und lief bis zum 4. März 2022 (siehe Bardt/Grömling/Schmitz, 2022). Dazu lagen Ergebnisse für 209 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen vor. Der zweite Abschnitt deckt den Zeitraum vom 5. März bis zum 11. März 2022 mit 159 Unternehmen ab.

Im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage sind bislang drei Befragungsabschnitte geplant. Die erste Welle lief vom 1. März bis einschließlich 13. März 2022. Dabei konnten insgesamt 1.660 auswertbare Antworten gewonnen werden. Die Ergebnisse liegen sowohl in einer ungewichteten Version als auch in einer nach Betrieben, Beschäftigten und Regionen gewichteten Version vor. Die zweite Befragung läuft vom 14. März bis voraussichtlich 28. März und die geplante dritte Befragung anschließend bis zum 11.

April 2022. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse für jeweils zwei Wochen ist zu bedenken, dass es sich hier nicht um eine Panelbefragung handelt, bei der Woche für Woche die gleichen Unternehmen konsultiert werden. Vielmehr wurde die Grundgesamtheit mehr oder weniger auf drei Gruppen aufgeteilt, die nach und nach befragt werden. Da die Zusammensetzung dieser Teilgruppen nach Region, Branchen und Unternehmensgröße vergleichbar ist, sollten Rückschlüsse auf eine sich verändernde Bewertungslage in der Grundgesamtheit möglich sein.

3 Gründe und Ausmaß der Belastungen

Die Unternehmen können generell infolge eines internationalen Ereignisses wie des aktuellen Krieges über mehrere Transmissionsmechanismen beeinflusst werden:

1. **Wegfallende Absatzmärkte** in der direkten Krisenregion und im übertragenen Sinn eine nachlassende Exporttätigkeit im Gefolge einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft. Dies stellt für die betroffenen Unternehmen und hochgerechnet für die gesamte Volkswirtschaft einen negativen Nachfrageschock dar.

2. **Wegfallende Zulieferungen** von Vorleistungen oder Rohstoffen aus der Krisenregion oder aus anderen Ländern/Regionen aufgrund global steigender Knappheiten oder eingeschränkter Logistik. Für die betroffenen Firmen und gesamtwirtschaftlich bedeuten diese Störungen in den internationalen Wertschöpfungsnetzwerken einen negativen Angebotsschock. Schon im Vorjahr waren Engpässe bei Lieferungen von Rohstoffen oder Vorprodukten verantwortlich für die schwache wirtschaftliche Erholung.

3. **Höhere Kosten** für Vorleistungen und Rohstoffe/Energie infolge der angesprochenen Knappheiten schaffen für Unternehmen zusätzliche Herausforderungen (Puls, 2022). Selbst wenn Firmen nicht durch direkte Vorleistungsengpässe oder vollständige Ausfälle betroffen sind, so kann sich ihre Kostenkalkulation über ein insgesamt höheres Energie- oder Erzeugerpreisniveau verschlechtern. In diesem Kontext können auch höhere Finanzierungskosten für Unternehmen genannt werden, wenn etwa Konflikte zu höheren Risikoprämien an den Finanzmärkten führen – oder die entsprechende Krisenregion eine hohe Bedeutung für die internationalen Finanzmärkt hat. Auch diese Belastungen entsprechen insgesamt einem negativen Angebotsschock.

4. **Eingeschränkte Produktionstätigkeit in der Krisenregion.** Vor allem bei kriegerischen Auseinandersetzungen werden die Produktionsmöglichkeiten in den betroffenen Ländern erheblich beeinträchtigt. Das trifft neben den heimischen Firmen auch multinationale Unternehmen und beeinträchtigt deren Geschäfts- und Ertragsentwicklung – über wegfallende Gewinne oder Sonderabschreibungen für nicht mehr nutzbare Kapazitäten. Unternehmen haben ihre Produktion oder Geschäftstätigkeit in Russland aufgrund des Konflikts auf zunächst unbestimmte Zeit eingestellt. Insofern die eigene Auslandsproduktion für die inländische Wertschöpfung relevant ist, verschärfen diese betriebsinternen Ausfälle die beschriebenen Probleme in den Wertschöpfungsketten.

5. Nicht zuletzt besteht auch die Gefahr, dass **internationale Mitarbeiter** nicht mehr zur Verfügung stehen**.** Das gilt insbesondere für Branchen, die etwa Fachkräfte aus der Krisenregion temporär oder permanent im Inland beschäftigen. Dies gilt beispielsweise für einen nennenswerten Anteil der hierzulande eingesetzten LKW-Fahrer. Dieser kriegsbedingte Fachkräftemangel wirkt ebenfalls wie ein negativer Angebotsschock.

Die direkten Effekte auf den deutschen Außenhandel dürften nur eine untergeordnete Rolle haben (Beer, 2022), denn allenfalls 2 Prozent des deutschen Außenhandelsumsatzes wurde zuletzt mit Russland erzielt. Der Anteil der Ukraine an den deutschen Exporten beläuft sich auf 0,39 Prozent (DESTATIS, 2022; eigene Berechnung). Gleichwohl kann eine merklich schwächere Wirtschaftsdynamik in Mittel- und Osteuropa sowie in der gesamten Weltwirtschaft infolge der russischen Invasion in der Ukraine den deutschen Außenhandel belasten.

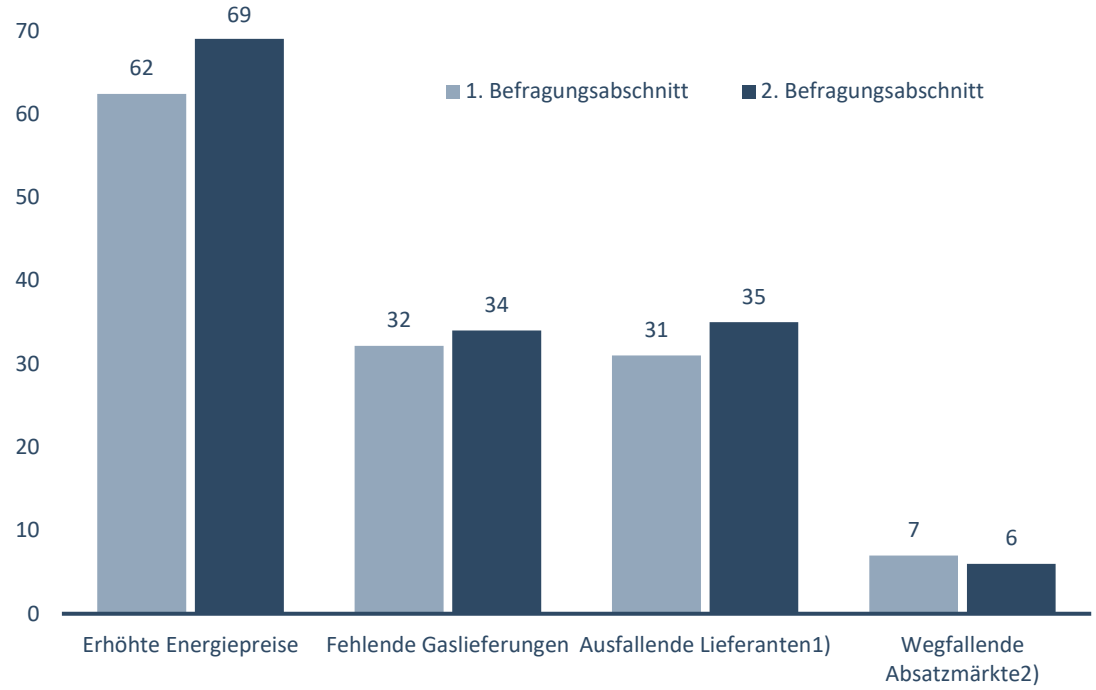
Unabhängig von der aktuellen geopolitischen Weltlage haben Lieferengpässe in den letzten Monaten bereits zu hohen Anstiegen der Erzeugerpreise in Deutschland geführt. Deutsche Unternehmen sind bereits von ausfallenden Zulieferungen betroffen (Bardt/Grömling, 2022). So werden die über das gesamte Jahr 2021 und aktuell gestörten Produktionsprozesse der deutschen Automobilindustrie, vorwiegend aufgrund fehlender Halbleiter, nochmals über fehlende Bauteile aus der Krisenregion beeinträchtigt. Vielfältige Rohstoffe, die für industrielle Produktionsprozesse eine wichtige Rolle spielen, müssen anderweitig organisiert werden. Auch Software-Dienstleister in der Ukraine fallen aus und dies beeinträchtigt die Branchen hierzulande in ihrer gesamten Breite.

Eine bedeutsame Rolle für die deutschen Einfuhren und die deutsche Wirtschaft insgesamt hat Russland hinsichtlich der Rohstoffe und vor allem der Energierohstoffen (Fischer/Küper, 2022). Mehr als die Hälfte des deutschen Gasverbrauch beruht auf Lieferungen aus Russland. Beim Öl sind es gut ein Drittel und bei der Kohle rund ein Viertel des deutschen Verbrauchs, der aus russischen Zulieferungen stammt. Lieferunsicherheiten und hohe Energiepreise belasten direkt die Produktionsmöglichkeiten und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die vergleichsweise viel Energie einsetzen müssen. Die Energiemärkte haben schon während der Krisenzuspitzung erhebliche Turbulenzen gezeigt. Insbesondere auf dem europäischen Gasmarkt wurden neue Rekordpreise weit oberhalb bisheriger Preisniveaus verzeichnet. Sorgen um Liefereinschränkungen – sei es durch einen russischen Lieferstopp oder ein westliches Embargo – haben zu den Preisausschlägen beigetragen.

Um einen makroökonomischen Eindruck von aktuellen Belastungsniveau zu bekommen hat sich das IW mit zwei unterschiedlich aufgesetzten und in Teilen parallellaufenden Befragungen an die Unternehmen in Deutschland gerichtet. Die Ergebnisse des ersten Befragungsabschnitts mit dem IW-Zukunftspanels wurden bereits veröffentlicht (Bardt/Grömling/Schmitz, 2022). Im Folgenden werden sie um den zweiten Befragungsabschnitt ergänzt (Abbildung 1). Der mit den beiden Befragungsabschnitten mögliche Vergleich zeigt, dass das Belastungsniveau der deutschen Wirtschaft ansteigt.

Abbildung 1: Belastungen deutscher Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine

Anteil von Unternehmen in Deutschland, die im IW-Zukunftspanel angeben, eher große und sehr große Belastungen zu erwarten in Prozent



Befragung von Unternehmen aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen im IW-Zukunftspanel. 1. Befragungsabschnitt vom 24.02.22 bis 04.03.22 mit 209 Unternehmen. 2. Befragungsabschnitt vom 05.03.22 bis 11.03.22 mit 159 Unternehmen. 1) 0hne Energierohstoffe. 2) In Russland und der Ukraine.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

- Nunmehr erwarten fast 70 Prozent der Unternehmen – nach 62 Prozent in der ersten Befragung unmittelbar nach Ausbruch des militärischen Konflikts – große oder sehr große Belastungen durch die **erhöhten Energiepreise**.
- **Ausfallende Zulieferungen von Gas** stellen leicht ansteigend für gut ein Drittel aller hier berücksichtigten Unternehmensbereiche ein Problem dar.
- Nunmehr deutlich über ein Drittel aller befragten Unternehmen sieht in **ausfallenden Zulieferungen von anderen Vorleistungen** ein eher großes oder sehr großes Problem für ihre eigene Produktion.
- Deutlich weniger bedrohlich und im Gegensatz zu den anderen Belastungsfaktoren nicht ansteigend sind **wegfallende Absatzmärkte in Russland und der Ukraine**. Zuletzt sahen 6 Prozent aller Firmen aufgrund eines wegfallenden Absatzmarktes große oder sehr große Probleme.

Die Ergebnisse auf Basis der IW-Konjunkturumfrage kommen – unter Berücksichtigung der Unterschiede bei Grundgesamtheit, Befragungsmethode und Befragungskontext – zu nicht wesentlich anderen Befunden. Aufgrund der höheren Teilnehmeranzahl ist eine tiefergehende Analyse der Befragungsergebnisse möglich. Auch hier wurden die Unternehmen gefragt, inwieweit sie aufgrund des

Krieges in der Ukraine, der Sanktionen und möglicher Gegenreaktionen Russlands Belastungen für Ihr Unternehmen erwarten. Dabei wurde sowohl nach den kurzfristen Effekte für die kommenden drei Monate als auch nach den mittelfristigen Auswirkungen bis zum Jahresende 2022 gefragt. Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse mit Fokus auf alle Branchen und die vorgegebenen sechs Belastungsfaktoren.

- Wie auf Basis der Panelbefragung nehmen **höhere Energiepreise** in der Einschätzung der Unternehmen die höchste Bedeutung ein. Kurzfristig rechnen 37 Prozent aller Betriebe mit starken negativen Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit und weitere 39 Prozent mit mittleren Effekten. Lediglich 8 Prozent der Betrieb sieht hier überhaupt keinen Effekt. Mittelfristig nimmt diese Gefahr für die Unternehmen deutlich zu – wie der untere Teil von Abbildung 2 veranschaulicht. Demnach geht fast die Hälfte von starken Beeinträchtigungen bis zum Jahresende aus und weitere 36 Prozent von mittleren Belastungen. In Summe vereinigen diese beiden Bewertungskategorien hinsichtlich der mittelfristigen Perspektiven mehr als vier von fünf befragten Unternehmen.

- Mit deutlichem Abstand folgen die erwarteten Belastungen aufgrund **fehlender Gaslieferungen**. Gleichwohl stellen ausfallende Gaslieferungen – und damit direkte Produktionsbeeinträchtigungen und nicht nur die kostenmäßigen Belastungen – für fast zwei von fünf Firmen eine Gefahr bereits in den kommenden drei Monaten dar. Mittelfristig wächst dieser Anteil sogar auf über die Hälfte der Befragten an.

- Das gleiche Zeitmuster ist auch bei den **Vorleistungsmängel (ohne Gas)** zu beobachten. Ebenfalls rund zwei von fünf Unternehmen sieht kurzfristig starke und mittelschwere Belastungen für ihre eigenen Betriebsabläufe durch ausbleibende Materialien. Richtet sich der Blick auf die erwarteten Belastungen bis zum Jahresende 2022 dann steigt der Anteil der ersten beiden Bewertungskategorien auf die Hälfte aller Unternehmen an.

- Der Anteil an Unternehmen, die keine Auswirkungen auf ihre eigenen Geschäftsabläufe aufgrund von **fehlenden Mitarbeitern** erwartet, fällt mit rund 50 Prozent erstaunlich niedrig aus. Kurzfristig erwartet fast ein Drittel der Betriebe zumindest geringe Effekte wegen ansteigender Fachkräfteengpässe infolge des Krieges und eingeschränkter Mobilität.

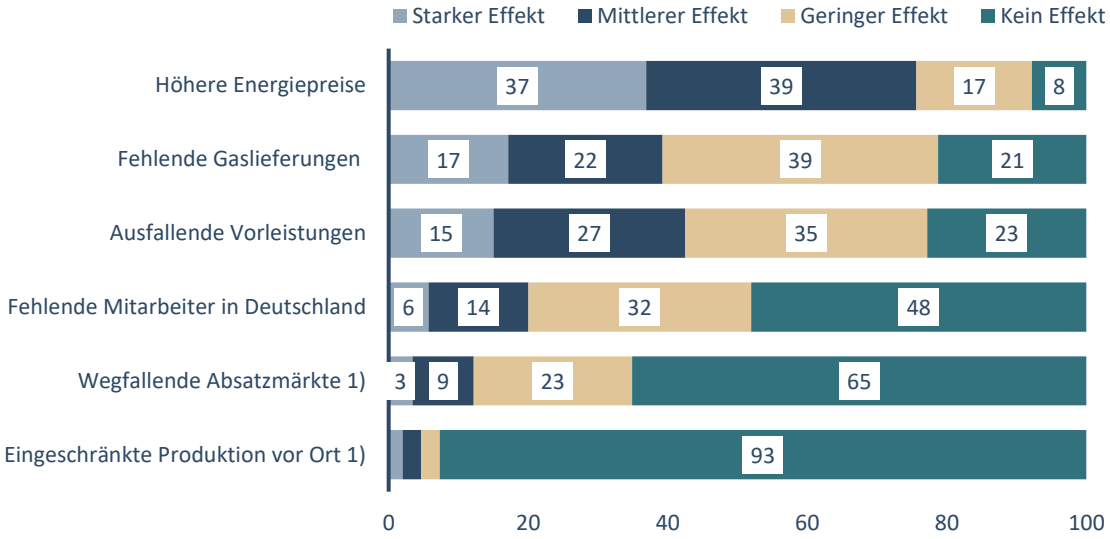
- Mit Blick auf **wegbrechende Absatzmärkte** in Russland und der Ukraine gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen dem kurz- und mittelfristigen Erwartungsbild. Für rund zwei Drittel der Firmen aus allen berücksichtigten Branchen stellen direkte Absatzeinbrüche überhaupt kein Problem dar. Für ein weiteres Fünftel ein geringes und nur ein kleiner Anteil von 3 bis 4 Prozent – je nach Zeithorizont – sieht starke Effekte.

- Sehr überschaubar fällt die Bewertung zu **eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten in der Ukraine und in Russland** aus. Für mehr als neun von zehn Firmen ist dies bedeutungslos und lediglich 2 bis 3 Prozent der Befragten erwarten kurz- und mittelfristig starke Auswirkungen auf ihre Unternehmen.

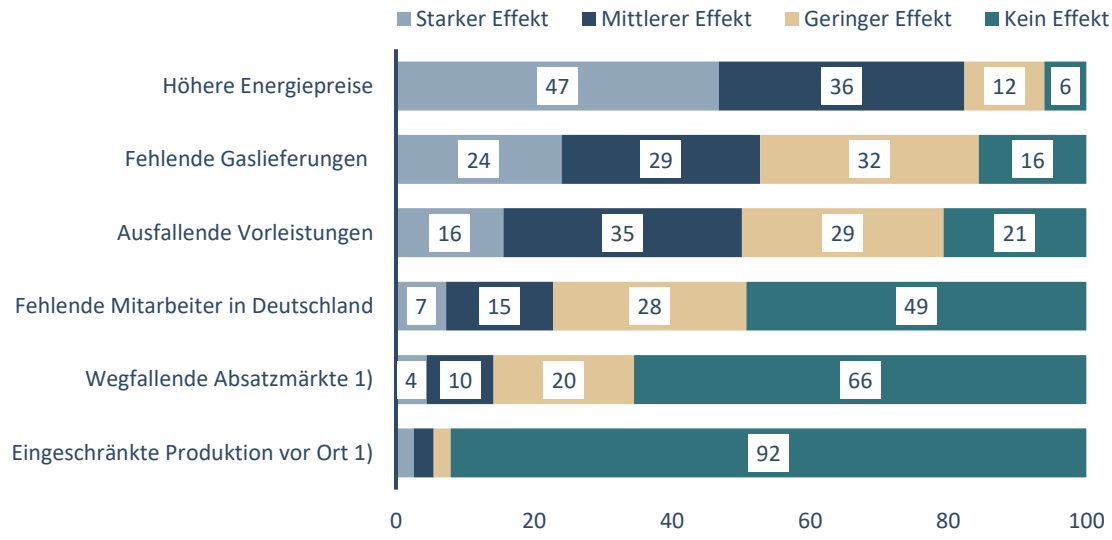
Abbildung 2: Kurz- und mittelfristige Belastungen deutscher Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine

Anteil von Unternehmen in Deutschland, die auf Basis der IW-Konjunkturumfrage hinsichtlich der vorgegebenen Belastungsfaktoren kurz- und mittelfristige Auswirkungen nach bestimmten Intensitäten erwarten in Prozent aller befragten Unternehmen

Kurzfristige Perspektive



Mittelfristige Perspektive



Gewichtete Ergebnisse auf Basis der IW-Konjunkturumfrage von 1.660 Unternehmen vom 1. März bis 13. März 2022; Zugrundeliegende Frage: Inwieweit erwarten Sie aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Sanktionen und möglicher Gegenreaktionen Russlands Belastungen für Ihr Unternehmen? Kurzfristig: kommende drei Monate; mittelfristig: bis Ende 2022. 1) Absatzmärkte und Produktion in Russland und der Ukraine.

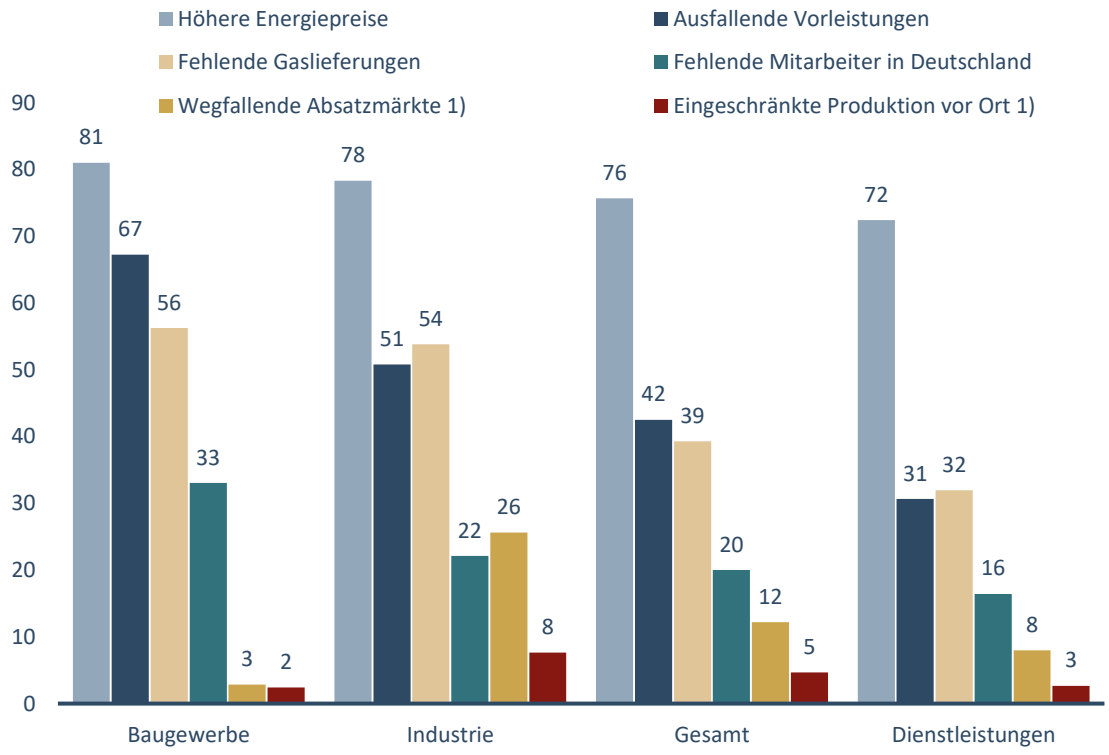
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Die Daten der IW-Konjunkturumfrage ermöglichen einen genaueren Blick auf die aggregierten Wirtschaftsbereiche (Abbildung 3) und deren Teilbereiche (Abbildung 4). Dabei sollte beachtet werden, dass der Dienstleistungssektor nicht vollständig mit der Befragung kontaktiert und abgebildet wird. Dabei werden zum einen nur die kurzfristigen Auswirkungen (kommende drei Monate) dargestellt und zum anderen nur der aggregierte Anteil der Firmen mit starken und mittleren Belastungen.

Zunächst zeigt Abbildung 3, dass in allen großen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Bauwirtschaft und Dienstleister) die Preiseffekte infolge höherer Energiekosten die größte Herausforderung darstellen. Das Belastungsniveau ist in der Bauwirtschaft mit über 80 Prozent der Befragten um 9 Prozentpunkte höher als bei den Dienstleistern. Erheblich höher ist in der Bauwirtschaft auch der Anteil der Betriebe, die von starken und mittleren Auswirkungen aufgrund fehlender Vorleistungen (ohne Gas) sprechen. Das gilt kurzfristig für zwei Drittel dieser Firmen, in der Industrie ist es die Hälfte und bei den Dienstleistern gut 30 Prozent.

Abbildung 3: Belastungen deutscher Firmen durch den Krieg in der Ukraine nach Sektoren

Kumulierte kurzfristige Belastungen deutscher Unternehmen auf Basis der IW-Konjunkturumfrage hinsichtlich der vorgegebenen Belastungsfaktoren in starkem und mittlerem Ausmaß in Prozent aller befragten Unternehmen



Gewichtete Ergebnisse auf Basis der IW-Konjunkturumfrage von 1.660 Unternehmen vom 1. März bis 13. März 2022; Zugrundeliegende Frage: Inwieweit erwarten Sie aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Sanktionen und möglicher Gegenreaktionen Russlands Belastungen für Ihr Unternehmen? Kurzfristig: kommende drei Monate; nicht berücksichtigte Kategorien: geringe und keine Effekte. 1) Absatzmärkte und Produktion in Russland und der Ukraine.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Die Gefahr fehlender Gaslieferungen wird von den Bau- und Industriefirmen gleichermaßen hoch eingeschätzt – deutlich über die Hälfte der Betriebe erwartet kurzfristig starke und mittlere Effekte. Aufgrund fehlender Mitarbeiter entstehen für die Baufirmen ebenfalls deutlich höhere Anpassungslasten. Wegfallende Absatzmärkte stellen für die Industrie im Vergleich mit den anderen beiden Wirtschaftsbereichen eine Herausforderung dar. Rund ein Viertel der Industriefirmen fürchtet kurzfristig starke und mittlere Effekte auf ihre Geschäftstätigkeit infolge der eingeschränkten Handelsmöglichkeiten. Immerhin 8 Prozent der Industriefirmen sieht sich auch durch Produktionseinschränkungen in der Ukraine und in Russland unter starkem und mittlerem Druck.

Abbildung 4 gibt einen tieferen Einblick in die Industrie- und Dienstleistungswirtschaft in Deutschland. Die Belastungen innerhalb der Industrie mit Blick auf die höheren Energiepreise sind relativ gleich stark. Erheblich unterschiedlich fallen aber die entsprechenden Belastungen innerhalb des Dienstleistungssektors aus. Es sollte nicht überraschen, dass die höheren Energiekosten vor allem im Transport- und Logistiksektor für 95 Prozent der Unternehmen für erhebliche Anpassungslasten sorgen. Bemerkenswert ist die hohe Bedeutung fehlender Mitarbeiter in der Konsumgüterindustrie sowie die wegbrechenden Absatzmärkte für die Hersteller von Investitions- und Konsumgütern.

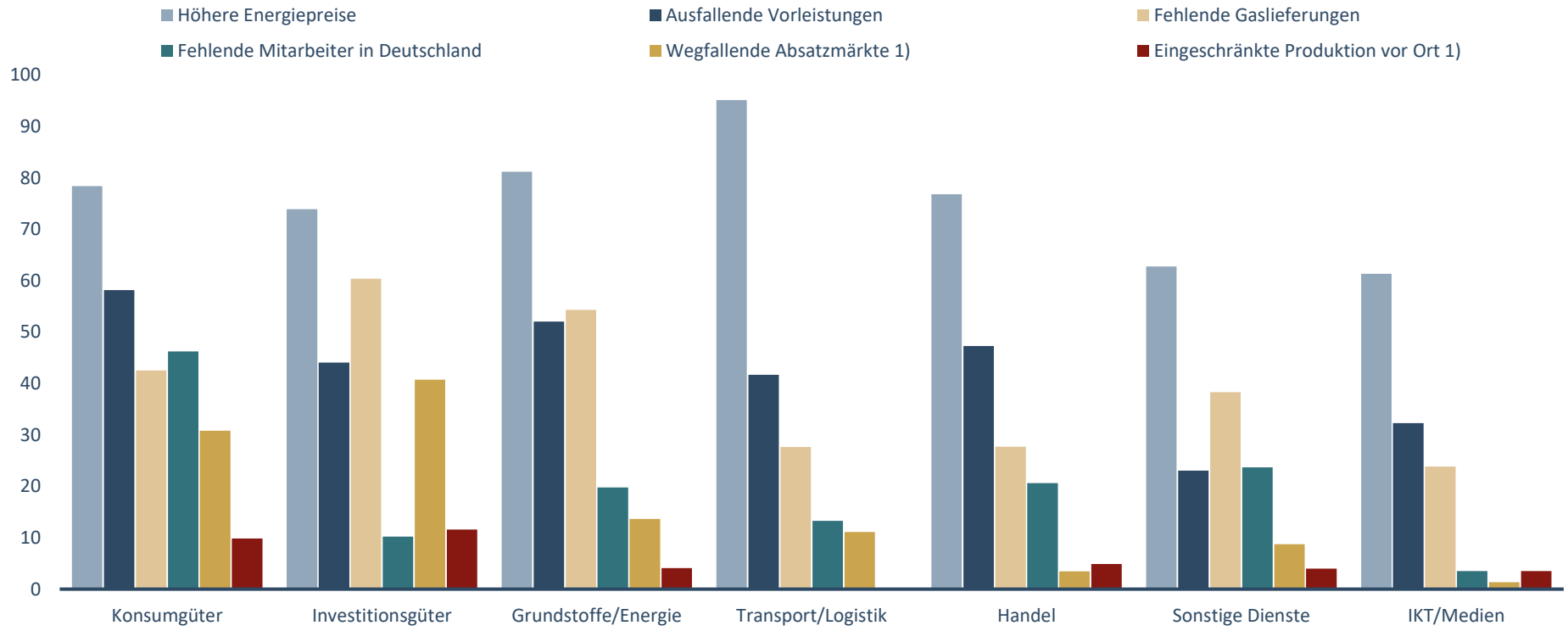
4 Schlussfolgerungen

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat nicht nur schwere politische und humanitäre Folgen, sondern auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für Europa und Deutschland. Das Ausmaß der Folgen ist weiterhin nicht absehbar. Je nach politischer und militärischer Eskalation kann die Energieversorgung durch den Ausfall von Gaslieferungen bedroht werden. Weiter deutlich steigende Preise können nicht ausgeschlossen werden. Die schon 2021 bestehenden Probleme in internationalen Lieferketten werden durch neue Versorgungsengpässe weiter verschärft. Aus Russland fehlen wichtige Rohstofflieferungen. Auch aus der Ukraine wurden bisher wichtige Stoffe und Vorprodukte geliefert. Palladium, Nickel, Neon oder Kabelbäume sind Beispiele für neu entstandene Engpässe. Wenn diese länger andauern, weil Ersatz nur begrenzt mobilisiert werden kann, drohen anhaltende Produktionsausfälle in der deutschen Wirtschaft.

Die Sorgen in der Industrie und bei industrienahen Dienstleistern sind in der zweiten Märzwoche tendenziell größer geworden. Die Situation ist aber weiterhin von hoher Unsicherheit geprägt, so dass die bisherigen wöchentlichen Messungen mit vergleichsweise niedrigen Fallzahlen allenfalls Tendenzaussagen ermöglichen. Die Befragung mit hohen Fallzahlen im Zwei-Wochen-Rhythmus bestätigt das Ausmaß der Besorgnis. Zusätzliche Messpunkte in den nächsten Wochen sollten weitere Orientierung über die Perspektiven der deutschen Wirtschaft im Schatten des Krieges in der Ukraine schaffen können.

Abbildung 4: Belastungen deutscher Firmen durch den Krieg in der Ukraine nach Branchen

Kumulierte kurzfristige Belastungen deutscher Unternehmen auf Basis der IW-Konjunkturumfrage hinsichtlich der vorgegebenen Belastungsfaktoren in starkem und mittlerem Ausmaß in Prozent aller befragten Unternehmen



Gewichtete Ergebnisse auf Basis der IW-Konjunkturumfrage von 1.660 Unternehmen vom 1. März bis 13. März 2022; Zugrundeliegende Frage: Inwieweit erwarten Sie aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Sanktionen und möglicher Gegenreaktionen Russlands Belastungen für Ihr Unternehmen? Kurzfristig: kommende drei Monate; nicht berücksichtigte Kategorien: geringe und keine Effekte. 1) Absatzmärkte und Produktion in Russland und der Ukraine.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Belastungen deutscher Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine 9

Abbildung 2: Kurz- und mittelfristige Belastungen deutscher Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine 11

Abbildung 3: Belastungen deutscher Firmen durch den Krieg in der Ukraine nach Sektoren..... 12

Abbildung 4: Belastungen deutscher Firmen durch den Krieg in der Ukraine nach Branchen..... 14

Literatur

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael / Schmitz, Edgar, 2022, Russlands Krieg in der Ukraine belastet deutsche Unternehmen, IW-Kurzbericht, Nr. 19, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael 2022, Anhaltende Produktionslücken durch Vorleistungsengpässe, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 102, Nr. 2, S. 123-126

Beer, Sonja, 2022, Ukraine-Krise. Belastete Handelsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland, IW-Kurzbericht, Nr. 8, Köln

DESTATIS, 2022, Statistischer Bericht, Außenhandel - Dezember 2021 vom 22.02.2022

Fischer, Andreas / Küper, Malte, 2022, Die Bedeutung russischer Gaslieferungen für die deutsche Energieversorgung. Untersuchung bestehender Lieferbeziehungen und Ausblick auf die weitere Entwicklung, Gutachten im Auftrag der Atlantik Brücke e.V., Köln

Grömling, Michael, 2018, Methods and Applications of the IW business survey, IW-Report, Nr. 5, Köln

Grömling, Michael, 2020, Corona-Krise. Belastungen wachsen auf breiter Front, IW-Kurzbericht, Nr. 36, Köln

Hüther, Michael, 2022, Die Friedensdividende ist verbraucht: Putin, Russland und die verspätete Nation, in: Handelsblatt v. 23. Februar 2022, S. 48

Neligan, Adriana / Schmitz, Edgar, 2009, Design und Analysepotenziale, in: Lichtblau, Karl / Neligan, Adriana (Hrsg.), Das IW-Zukunftspanel – Ziele, Methoden, Themen und Ergebnisse, S.11–34, Köln

Puls, Thomas, 2022, Russlands Bedeutung als Kraftstofflieferant, IW-Kurzbericht, Nr. 21, Köln